

Alzenau, den 28.07.2010

## **Pressemitteilung der SPD Kreistagsfraktion:**

### **Mehrheitliche Ablehnung der SPD in der Sitzung des Kreistags am 26.07.2010 zur Neuorganisation des SGB II in der Optionslösung durch den Landkreis Aschaffenburg**

Der Landkreis Aschaffenburg will die Aufgaben nach dem Sozialgesetzbuch II in die kommunale Trägerschaft überführen. Die Verwaltung ist hier der Auffassung, mit der kommunalen Trägerschaft könne der Landkreis der allgemeinen Lebenssituation und den Problemlagen der Leistungsbezieher in der Option mit höherer Fachkompetenz begegnen, auf Arbeitslose mit Vermittlungshemmnissen und vielfachen sozialen Problemen wesentlich gezielter eingehen.

Nach Auffassung der SPD-Kreistagsfraktion kann diese hohe Fachkompetenz des Personals unabhängig von der Option oder gemeinsamen Einrichtung genutzt werden. Das Personal bleibt das gleiche! Es soll darüber hinaus ein hochwertiger Arbeitgeberservice eingeführt werden, der allerdings schon gemeinsam für die ARGEN der Landkreis Aschaffenburg und Miltenberg sowie die Stadt Aschaffenburg besteht.

Im Hinblick auf die sozialintegrativen Leistungen sieht sich die Landkreisverwaltung in der Option in einer besseren Ausgangslage, da frühere Programme wie z.B. Jump (Jugendarbeitsberatung) erfolgreich durchgeführt wurden. Allerdings sind solche Programme in der letzten Wahlperiode im Hinblick auf die fehlende Finanzierung eingestellt worden. Daraus schließt Fraktionsvorsitzende Brigitte Gräbner, Alzenau: „Sozialintegrative Programme müssen inhaltlich neu aufgelegt werden, das geht nicht, ohne das nötige Geld in die Hand zu nehmen“.

Die Ergebnisse der Projekte wie Leila 50+, Amig A und Bürgerarbeit, wie sie von der ARGE betrieben laufen, werden in der Öffentlichkeit als erfolgreich bewertet. Nicht nur die gute Umsetzung dieses Projekts, sondern auch die Umsetzung von Förderprojekten des Europäischen Sozialfonds ist unabhängig von der Art der Einrichtung. Ein weiteres Argument soll die Möglichkeit der engeren Kooperation mit den kreisan-

gehörigen Kommunen sein. Auch dies ist nach Auffassung der SPD unabhängig von der Art der Einrichtung

Ein maßgeblicher Punkt für die Ablehnung der SPD ist aber auch das finanzielle Risiko, dass durch Übernahme in die kommunale Trägerschaft entsteht.

Es gibt **keine Anschubfinanzierung** für die Einrichtung als Optionskommune im Landkreis, diesen Vorteil hatten 2005 die optierenden Kommunen. Daraus ergibt sich, dass der Landkreis im nächsten Haushaltsjahr alle Kosten tragen muss, die mit der Umstellung verbunden sind.

Dies wären aus Sicht der SPD z. B. Kosten für die IT-Infrastruktur (Ankauf von Soft- und Hardware), Aufrüstung beim Personal für den IT-Support, Abstandszahlungen für die Übernahme der Büroeinrichtung aus dem Anteil der Bundesagentur für Arbeit, Kosten für einen evtl. hohen technischen, wenn nicht gar personellen Aufwand für die Datenmigration, Trennung des Datenbestands – Aktentrennung – Umsortierung aller Vorgänge, Veränderung der gemeinsame Eingangszone mit der Stadt Aschaffenburg.

Im Hinblick auf die laufenden Kosten wird behauptet, dass ein Betrag von ca. 360.000 Euro für Botendienste, IT-Service, Forderungseinzug, ärztlicher Dienst usw. zur Verfügung steht. Dieser Betrag wird nach unserer Auffassung aber nicht auch noch für die Deckung der weiteren entstehenden Kosten ausreichen. Die Frage stellt sich, wie z.B. Informationsbroschüren und Printmedien, Schaffung neuer Beratungseinrichtungen, Aufbau des Arbeitgeberservice und einer eigenen überregionalen Arbeitsvermittlung, Nutzung von bestehende Kooperationen seitens der Bundesagentur für Arbeit, Mehraufwand für die Kreiskasse für das Forderungsmanagement, Aufgabenmehrung in der Personalverwaltung, Grundsatzsachbearbeitung zum SGB II, Controllingaufgaben und Statistik, Steigerung des Schulungsbedarfs (im Jobcenter werden auch die kommunalen Beschäftigten mitgeschult) finanziert werden. Reichen dafür die Overheadkosten, die die Bundesagentur bisher für ihre Leistungen in Bezug auf die ARGEN vom Budget einbehält?

Die Sozialdemokraten rechnen bei Genehmigung der Optionslösung im kommenden Haushaltsjahr einem Bedarf in 6-stelliger Höhe an Kosten für die Überführung der ARGE in die Option. Das finanzielle Risiko wird daher besonders kritisch gesehen.

Brigitte Gräbner meinte dazu: „Dieses Jahr unterliegt die Landkreisverwaltung einem Spardiktat für die Zukunftssicherung des Landkreishaushalts; gleichzeitig beschließen der Kreistag - ohne mit der Wimper zu zucken - das nächste Haushaltsjahr mit Ausgaben für die Überführung der ARGE in die kommunale Trägerschaft zu belasten. Man muss hier ganz deutlich sagen, die Überführung in die gemeinsame Einrichtung dagegen würde den Landkreishaushalt in keinster Weise belasten!“

Einen Nachteil, den die SPD-Fraktion bewusst in Kauf nimmt, ist, dass die gemeinsame Einrichtung keinen eigenen Personalkörper hat und die Beschäftigten entweder der Bundesagentur für Arbeit oder dem Landkreis angehören. Die SPD ist der Überzeugung, dass die ARGE trotzdem in den vergangenen Jahren hervorragend gearbeitet hat. Die Statistiken und Presseveröffentlichungen belegen dies eindeutig, so z.B. eine Pressemitteilung vom 12.10.2007 „ARGE Landkreis Aschaffenburg gehört zu den besten!“

Die SPD sieht ihre wesentlichen politischen Forderungen auch in der gemeinsamen Einrichtung erfüllt. Dies sind in erster Linie die bedarfsgerechte und unkomplizierte Hilfestellung und die Sicherstellung der bewährten regionalen Angebotsstrukturen mit dem gemeinsamen Arbeitgeberservice der drei kommunalen Träger

Darüber hinaus können Zielvereinbarungen mit der Bundesagentur für Arbeit auch weitere Verbesserungen in der Betreuung der Leistungsempfänger und zur Optimierung der Arbeitsbedingungen – hier insbesondere die Entfristung der Arbeitsverhältnisse - in den neuen Jobcentern geregelt werden. Solche Zielvereinbarungen sind ausdrücklich zugelassen; es lokale Ziele definiert und vereinbart werden. Dazu gehört auch, dass die künftige Geschäftsführung vom Landkreis gestellt wird

Die SPD-Kreistagsfraktion lehnte daher besonders im Hinblick auf die uneingeschränkt hervorragenden Leistungen der ARGE Landkreis Aschaffenburg unter Berücksichtigung der nicht unproblematischen haushaltmäßigen Entwicklung im Landkreis die Optionslösung mehrheitlich ab!

Verantwortlich für den Inhalt

Brigitte Gräbner